

Satzung der Stadt Willebadessen
über die Erhebung eines Beitrages für den Anschluss an die
öffentliche Abwasseranlage
- Beitragssatzung -
vom 13.07.1993, 1. Änderungssatzung vom 15.05.1996

geändert durch Erste Artikelsatzung
zur Anpassung der ortsrechtlichen Vorschriften
der Stadt Willebadessen an den Euro
vom 26.11.2001
(Euro-Anpassungssatzung)

geändert durch 2. Änderungssatzung vom 10.09.2007.

Aufgrund der §§ 7 und 114 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16.11.2004 (GV. NRW. S. 644) in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – EigVO – (Artikel 16 des Gesetzes über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen vom 16.11.2004 – GV NRW. S. 644) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.06.1988 (GV NW S. 324) hat der Rat der Stadt Willebadessen in seiner Sitzung am 06.09.2007 folgende Beitragssatzung beschlossen:

§ 1
Anschlussbeitrag

Die Stadt Willebadessen erhebt zum Ersatz des durchschnittlichen Aufwandes für die Herstellung und Erweiterung der öffentlichen Abwasseranlage einen Anschlussbeitrag.

§ 2 Gegenstand der Beitragspflicht

(1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden können und für die

- a) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden dürfen,
- b) eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung der Stadt zur Bebauung anstehen.

(2) Wird ein Grundstück an die Abwasseranlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht vorliegen.

(3) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 3 Beitragsmaßstab

(1) Maßstab für den Anschlussbeitrag ist die Grundstücksfläche. Dabei wird die unterschiedliche Nutzung der Grundstücke nach Art und Maß berücksichtigt.

(2) Als Grundstücksfläche gilt:

1. Bei Grundstücken im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes die Fläche, auf die der Bebauungsplan die bauliche oder gewerbliche Nutzungsfestsetzung bezieht;
2. Bei Grundstücken, die über die Grenze des Bebauungsplanes hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes, auf die der Bebauungsplan die bauliche oder gewerbliche Nutzungsfestsetzung bezieht;
3. bei Grundstücken, die nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegen oder bei denen der Bebauungsplan eine andere als bauliche oder gewerbliche Nutzung vorsieht, die tatsächliche Grundstücksfläche bis zu einer Tiefe von 40 m von der Erschließungsanlage oder von der der Erschließungsanlage zugewandten Grenze des Grundstücks. Reicht die bauliche oder gewerbliche Nutzung über diese Begrenzung hinaus, so ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der Nutzung bestimmt wird.

Die Begrenzung der Grundstückstiefe gilt nicht für Grundstücke, die ausschließlich oder überwiegend gewerblich oder industriell bzw. für Geschäfts-, Büro- und Verwaltungszwecke genutzt werden.

(3) Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zur Erschließungsanlage herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.

(4) Die nach Abs. 2 ermittelte Grundstücksfläche wird entsprechend der baulichen Ausnutzbarkeit mit einem Nutzungsfaktor vervielfacht, der im Einzelnen beträgt:

1. bei eingeschossiger Bebaubarkeit		1,00
2. bei zwei geschossiger Bebaubarkeit	1,25	
3. bei drei geschossiger Bebaubarkeit		1,50
4. bei vier- und mehrgeschossiger Bebaubarkeit		1,75

(5) Bei Grundstücken, die nach den Festsetzungen eines Bebauungsplanes in einem Kern-, Gewerbe- oder Industriegebiet sowie bei Grundstücken, die in anders beplanten oder unbeplanten Gebieten liegen, aber überwiegend gewerblich, industriell oder für Geschäfts-, Büro- und Verwaltungszwecke genutzt werden, erhöht sich der nach Abs. 4 zugrunde gelegte Nutzungsfaktor um 0,30.

(6) Als Geschosshöhe nach Abs. 4 gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Setzt der Bebauungsplan lediglich die Geschossflächenzahl fest, so ist die der Geschossflächenzahl entsprechende Geschosshöhe gem. § 17 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke in Ansatz zu bringen. Ist im Bebauungsplan nur eine Baumassenzahl festgesetzt, so gilt als Zahl der Vollgeschosse die durch 2,8 dividierte Baumassenzahl, wobei auf volle Zahl der Vollgeschosse aufgerundet wird.

Die Sätze 1 - 3 gelten entsprechend, wenn ein Bebauungsplan sich in der Aufstellung befindet und den Verfahrensstand im Sinne des § 33 Baugesetzbuch (BauGB) erreicht hat. Ist im Einzelfall eine größere Geschosshöhe zugelassen oder vorhanden, so ist diese zugrunde zu legen.

(7) Grundstücke, für die im Bebauungsplan eine nichtgewerbliche Nutzung ohne Bebauung oder eine Bebauung mit Garagen oder Stellplätzen festgesetzt ist, werden als eingeschossig bebaubare Grundstücke angesetzt.

(8) Grundstücke, für die im Bebauungsplan eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung oder mit eingeschossiger Bebauung festgesetzt ist, werden als zweigeschossig bebaubare Grundstücke angesetzt.

(9) Grundstücke, für die im Bebauungsplan Gemeinbedarfsflächen ohne Festsetzung der Geschosshöhe festgelegt sind, werden als zweigeschossige bebaubare Grundstücke angesetzt; soweit allerdings diese Festsetzung nur Friedhöfe, Schwimmbäder, Sportplätze sowie sonstige Anlagen, die nach ihrer Zweckbestimmung im wesentlichen in einer Ebene genutzt werden können, zulässt, wird eine eingeschossige Bebaubarkeit zugrunde gelegt.

(10) In unbeplanten Gebieten und in Gebieten, für die ein Bebauungsplan weder die Geschosshöhe noch die Baumassenzahl festsetzt, ist

- a) bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse,
- b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der auf den Grundstücken in der Nachbarschaft oder der Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse maßgebend.

Ist eine Geschosshöhe wegen der Besonderheit des Bauwerkes nicht feststellbar, werden je angefangene 2,80 m Höhe des Bauwerkes als ein Vollgeschoss gerechnet.

(11) Wird ein bereits an die Abwasseranlage angeschlossenes Grundstück durch Hinzunahme eines angrenzenden Grundstücks, für welches ein Beitrag nicht erhoben ist, zu einer wirtschaftlichen Einheit verbunden, so ist der Beitrag für das hinzugekommene Grundstück nachzuzahlen.

§ 4 Beitragssatz

Der Anschlussbeitrag beträgt 4,60 €/qm der nach § 3 Abs. 2-10 ermittelten modifizierten Grundstücksfläche.

§ 5 Ermäßigungen

(1) Wird bei einzelnen Grundstücken oder in einzelnen Ortsteilen vor Einleitung der Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage eine Vorbehandlung der Abwässer auf dem Grundstück verlangt, so ermäßigt sich der Anschlussbeitrag um 50 %. Dies gilt nicht für Grundstücke mit industriellen oder sonstigen Betrieben, bei denen die Vorbehandlung lediglich verlangt wird, um die Abwässer in einen Zustand zu versetzen, der Voraussetzung für die Zulässigkeit der Einleitung in die Abwasseranlage ist (§ 4 Abs. 1 der Entwässerungssatzung).

(2) Darf nur Niederschlagswasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden, ermäßigt sich der Anschlussbeitrag um 75 %.

(3) Der Anschlussbeitrag ermäßigt sich um 25 %, wenn nur Schmutzwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werden darf.

(4) Sofern nur die Einleitung vorbehandelter Abwässer in einen Vorfluter möglich ist, der weder verrohrt noch anderweitig für die Abwasserbeseitigung hergerichtet ist, wird ein Anschlussbeitrag nicht erhoben.

(5) Entfällt aufgrund einer Änderung der öffentlichen Abwasseranlage die Notwendigkeit der Vorbehandlung oder ergibt sich dadurch die Möglichkeit, das Grundstück voll anzuschließen, so ist der Rechnungsbetrag bis zur Höhe des vollen Anschlussbeitrages nachzuzahlen.

§ 6 Entstehung der Beitragspflicht

(1) Die Beitragspflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden kann.

Im Übrigen entsteht die Beitragspflicht gemäß

- a) § 2 Abs. 2 mit dem Anschluß, frühestens jedoch mit dessen Genehmigung,
- b) § 3 Abs. 11 mit der Vereinigung der Grundstücke,
- c) § 5 Abs. 5 mit der Möglichkeit des Vollanschlusses bzw. sobald die Notwendigkeit der Vorbehandlung entfällt.

(2) Für Grundstücke, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bereits an die Abwasseranlage angeschlossen waren oder angeschlossen werden konnten, entsteht die Anschlussbeitragspflicht mit Inkrafttreten dieser Satzung

(3) Für Grundstücke, die beim Inkrafttreten dieser Satzung bereits angeschlossen waren, entsteht keine Anschlussbeitragspflicht, wenn für den Anschluss des Grundstückes bereits eine Anschlussgebühren- oder eine Beitragspflicht nach früherem Recht entstanden war, auch wenn sie durch Zahlung, Erlass oder Verjährung erloschen ist.

§ 7 Beitragspflichtige

(1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.

(2) Mehrere Eigentümer eines Grundstückes haften als Gesamtschuldner.

(3) Bei Teileigentum bzw. Wohnungseigentum ist der einzelne Teileigentümer bzw. Wohnungseigentümer nur entsprechend seinem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

§ 8 Fälligkeit der Beitragsschuld

Der Beitrag wird 1 Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 9 Kostenersatz für den Grundstücksanschluss

Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie die Kosten für die Unterhaltung eines Grundstücksanschlusses an die öffentliche Abwasseranlage sind der Stadt vom Anschlussnehmer nach § 10 Abs. 1 KAG NW zu ersetzen.

§ 10 Ermittlung des Ersatzanspruches

- (1) Der Aufwand für die Herstellung und Anschaffung eines Grundstücksanschlusses an die öffentliche Abwasseranlage ist vom Anschlussnehmer in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten zu ersetzen.

Diese Ersatzpflicht erstreckt sich auf die Kosten für die Herstellung der Grundstücksanschlussleitung sowie der Hausanschlussleitung im Sinne von § 2 Nr. 7 a und b der Entwässerungssatzung der Stadt Willebadessen, bis einschließlich der Inspektionsöffnung.

Dabei gelten bei der erstmaligen Herstellung der Abwasseranlage im öffentlichen Verkehrsbereich Abwasserleitungen, die nicht in der Mitte der Straße verlaufen, als in der Straßenmitte verlaufend.

Erhält ein Grundstück mehrere Anschlussleitungen, so wird der Ersatzanspruch für jede Leitung berechnet.

- (2) Der Aufwand für die Erneuerung, Veränderung und die laufende Unterhaltung (Reinigung und Ausbesserung) von Grundstücksanschlussleitungen wird von der Stadt übernommen, soweit sie im öffentlichen Verkehrsbereich liegen. Der Aufwand für die Erneuerung, Veränderung und die laufende Unterhaltung der Hausanschlussleitungen, die auf privaten Grundstücken verlegt sind, ist der Stadt vom Anschlussnehmer in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten zu ersetzen. Das gilt auch im Falle des nachträglichen Einbaus einer Inspektionsöffnung.
- (3) Soweit die Erneuerung, Veränderung oder die Beseitigung der Hausanschlussleitung vom Anschlussnehmer veranlasst worden ist, hat dieser die Kosten für diese Maßnahme der Stadt in der tatsächlich entstandenen Höhe zu ersetzen.
- (4) Zu den Aufwendungen des Grundstücksanschlusses gehören auch sämtliche Erd- und Pflasterarbeiten.

§ 11

Entstehung des Ersatzanspruches

Der Ersatzanspruch für die Herstellung des Grundstücksanschlusses entsteht mit der endgültigen Fertigstellung der Anschlussleitung, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.

§ 12

Ersatzpflichtige

- (1) Ersatzpflichtig ist, wer zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Kostenersatzbescheides Eigentümer des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.
- (2) Mehrere Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigte haften als Gesamtschuldner.

- (3) Erhalten mehrere Grundstücke eine gemeinsame Anschlussleitung, so ist für Teile der Anschlussleitung, die ausschließlich einem der beteiligten Grundstücke dienen, allein der Eigentümer bzw. Erbbauberechtigte des betroffenen Grundstückes ersatzpflichtig.

Soweit die Anschlussleitung mehreren Grundstücken gemeinsam dient, sind die Eigentümer bzw. Erbbauberechtigten der beteiligten Grundstücke zu dem Anteil ersatzpflichtig, der dem Verhältnis der Flächen der beteiligten Grundstücke entspricht.

§ 13

Fälligkeit des Ersatzanspruches

Der Ersatzanspruch wird einen Monat nach Zugang des Heranziehungsbescheides zur Zahlung fällig.

§ 14

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung der Stadt Willebadessen wird hiermit gem. § 7 Abs. 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666) und der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung) vom 26.08.1999 (GV. NRW. S. 516) öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Willebadessen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Willebadessen, den 10.09.2007

Werner Besche
Stellv. Betriebsleiter